



18. Wahlperiode

Drucksache 18/4424

HESSISCHER LANDTAG

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Wegfall der Sexualmedizinischen Ambulanz an der Goethe-Universität - Landesregierung ist in der Verantwortung für die Hilfe für Opfer und die Prävention

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert den Wegfall der Sexualmedizinischen Ambulanz am Klinikum der Goethe-Universität Frankfurt am Main scharf und betont, dass die Sexualwissenschaften, gerade vor dem Hintergrund der notwendigen Maßnahmen gegen sexuellen Missbrauch, unverzichtbar und von hoher gesellschaftlicher Relevanz sind.
2. Der Landtag kritisiert, dass das Wissenschaftsministerium sich nicht um den Erhalt der wissenschaftlichen Institution kümmert, die eine qualifizierte, dem Stand der Forschung entsprechende und präventiv wirkende Versorgung für Menschen mit sexuellen Störungen anbietet und Therapeutinnen und Therapeuten in diesen Fragestellungen fortbildet und berät, während das Sozial-, Justiz- und Kultusministerium zeitgleich gemeinsam Maßnahmen gegen den sexuellen Missbrauch erarbeiten.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf sich dafür einzusetzen, dass die Sexualmedizinische Ambulanz für die Versorgung der Menschen mit sexuellen Störungen, die weitere Forschung sowie als Anlaufstelle und Fortbildung für Therapeutinnen und Therapeuten erhalten bleibt.

Begründung:

Die renommierte Sexualmedizinische Ambulanz der Frankfurter Uniklinik, die seit der Gründung im Jahr 1975 bis zur Emeritierung von Professor Volkmar Sigusch im Jahr 2006 zum Institut für Sexualwissenschaft gehörte, ist de facto weggefallen (vgl. Drucksache 18/4225). Damit gibt es in Hessen keine adäquate Patientenversorgung für Menschen mit sexuellen Störungen mehr. Die im Jahr 2006 aufgrund internationalen Protests gegen die Schließung des Instituts für Sexualwissenschaft versprochene Professur für Sexualmedizin wird nicht wiederbesetzt werden. In Deutschland gibt es nach dem Wegfall der Sexualmedizinischen Ambulanz in Frankfurt am Main nur noch vergleichbare Institutionen in Berlin, Kiel und Regensburg.

Beim Thema des sexuellen Missbrauchs bedarf es sowohl einer guten psychologischen Beratung für die Opfer, als auch einer als Prävention fungierenden Beratung für (potentielle) Täter, wie sie beispielsweise das Projekt der Berliner Charité „Kein Täter werden“ vorbildhaft anbietet. Schätzungen gehen davon aus, dass es in Deutschland etwa 250.000 Pädophile gibt. Jeder einzelne, der über eine psychologische Betreuung nicht zum Täter wird, ist diese Präventionsmaßnahme wert.

Neben der direkten Beratung von Menschen mit sexuellen Störungen ist die Sexualmedizinische Ambulanz Ansprechpartner für Therapeutinnen und Therapeuten, sie berät sie fachkundig und bildet sie fort. In den Gesprächen um den von der Bundesregierung zum sexuellen Missbrauch

eingerrichteten ‚Runden Tisch‘ wurde ein dringender Bedarf an Beratungs- und Therapiestellen konstatiert. Vor diesem Hintergrund ist die Schließung des renommierten Forschungs- und Beratungsinstitutes nicht zu erklären.

Wiesbaden, den 6. September 2011

**Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir**

Eingegangen am

Eilausfertigung am

Ausgegeben am